

**Antworten auf den Fragenkatalog zum 1. Hearing des SPD-Parteivorstandes
„Spielräume nationaler Konjunkturpolitik“ im 21. Jahrhundert am 8. Mai 2003**

1. Analyse der wirtschaftlichen Lage

Welche Handlungsspielräume verbleiben einer nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf der Basis Ihrer Analyse zur Weltwirtschaft, um Wachstum und Beschäftigung in Deutschland zu stärken?

These 1: Deutschland hat ein gravierendes makroökonomisches Problem

Die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist zu einem wesentlichen Teil auf *globale und europäische Ursachen* (Ölpreisanstieg, Börsencrash, restriktive Zinspolitik der EZB und Euro-Aufwertung) zurückzuführen. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern seit längerem unter einem erheblichen Defizit an gesamtwirtschaftlicher Dynamik leidet.

Dies wird evident im Vergleich zwischen *Deutschland und Frankreich*. Schaubild 1 zeigt, dass die Wachstumskräfte in Frankreich erheblich stärker ausgeprägt waren als in Deutschland. Im Zeitraum von 2000 bis 2003 erhöhten sich das reale Wachstum und die Beschäftigung in Frankreich *pro Jahr* um rund einen Prozentpunkt mehr als in Deutschland. Dieser Wachstumsvorsprung lässt sich an fast allen Nachfragekomponenten erkennen, wobei die deutschen Probleme bei den privaten und den öffentlichen Investitionen besonders deutlich zum Ausdruck kommen. Bemerkenswert ist dabei, dass die Löhne und die Lohnstückkosten in Deutschland weniger stark zugenommen haben als in Frankreich. Dies hat sich bei der deutschen Exportentwicklung zwar positiv bemerkbar gemacht, nicht jedoch bei den Investitionen.

Nun könnte die unterschiedliche Wachstumsdynamik auch auf mikroökonomische Faktoren zurückzuführen sein. Ein Vergleich von gängigen Indikatoren für die *Angebotsbedingungen* zeigt jedoch, dass diese in Frankreich deutlich schlechter beurteilt werden als in Deutschland (Tabelle 1).

Tabelle 1: Ranking der Angebotsbedingungen von Deutschland und Frankreich

| | Growth Competitiveness Index | Microeconomic Competitive Index | Economic Freedom of the World 2000 | Comprehensive Index Economic Freedom of the World |
|-------------|------------------------------------|---------------------------------------|--|--|
| Deutschland | 10 | 4 | 11 | 12 |
| Frankreich | 18 | 14 | 19 | 18 |

Quellen: World Economic Forum, Economic Freedom of the World

Im Anhang wird gezeigt, dass sich die Ergebnisse dieses 2-Länder-Vergleichs sowohl für einen sehr viel größeren Länderkreis, als auch für längere Zeiträume identifizieren lassen. Für die Phase von 1999 bis 2003 lässt sich erkennen, dass ein hohes Wachstum von Beschäftigung und Investitionen einher geht mit einem kräftigen privaten und staatlichen Verbrauch sowie einer stetigen Lohnentwicklung. Sortiert man die OECD-Länder nach Clustern mit einer ähnlichen Entwicklung, findet man Deutschland in einer undynamischen Dreiergruppe mit Japan und der Schweiz. Dabei ist zu bemerken, dass die Nominallöhne in Japan in den letzten Jahren um rund einen Prozentpunkt pro Jahr gefallen sind. Die Schweiz zeichnet sich demgegenüber durch sehr gute Rankings bei der wirtschaftlichen Freiheit aus. Sinkende Nominallöhne scheinen also ebenso wenig einen Ausweg aus einer *Stagnationsfalle* zu garantieren wie eine stärkere Liberalisierung der Wirtschaft. Letzteres wird auch daran deutlich, dass sich die Indizes für die Angebotsbedingungen in den Ländergruppen nicht wesentlich unterscheiden.

These 2: Unter den Bedingungen der Währungsunion haben länderspezifische Nachfrageprobleme eine Tendenz zur Selbstverstärkung

Die Handlungsspielräume und Handlungserfordernisse der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik werden seit 1999 wesentlich durch die Teilnahme an der *Europäischen Währungsunion* bestimmt. Da sich die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank an der Entwicklung des gesamten Währungsraums orientieren muss, können Störungen, die national auftreten, nur noch durch die Fiskalpolitik ausgeglichen werden.

Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass sich eine in einem Land besonders stark auswirkende Nachfrageschwäche unter den Verhältnissen der Währungsunion tendenziell noch verstärkt: Bei einem vorgegebenen EWU-Nominalzins geht die nationale Inflationsrate zurück, womit der nationale Realzins ansteigt. Wie Schaubild 2 verdeutlicht, hat die schwache deutsche Wirtschaftsentwicklung dazu geführt, dass sich der Abstand der Inflationsrate zwischen Euroland (ohne Deutschland) und Deutschland mittlerweile auf rund $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkte ausgeweitet hat. Um genau diesen Betrag liegen die Realzinsen in Deutschland über dem Niveau des restlichen europäischen Währungsraums. Obwohl Deutschland derzeit die schwächste Wirtschaftsentwicklung in der EWU aufweist, sieht es sich so mit den höchsten Realzinsen konfrontiert. Bei national auftretenden Störungen ist in einer Währungsunion also der Bedarf an einer stabilisierenden Fiskalpolitik erheblich stärker als bei einer national autonomen Geldpolitik.

These 3: Die Fiskalpolitik trägt dazu bei, dass sich die Nachfrageschwäche noch verstärkt

Auf die konkrete Situation in Deutschland bezogen, ergibt sich aus dieser Analyse, dass Deutschland vor allem durch mehr private und öffentliche Nachfrage wieder zu einem dynamischeren Gleichgewichtszustand zurückfinden kann. Deshalb sollte die Fiskalpolitik zumindest darauf verzichten, restriktive Impulse auszusenden. Der wichtigste Indikator für den Kurs der Fiskalpolitik ist das *strukturelle Defizit*, an dem sich die um konjunkturelle Effekte bereinigten fiskalpolitischen Maßnahmen ablesen lassen. Nach den Schätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute wird das strukturelle Defizit in diesem Jahr um 0,8 Prozentpunkte und im nächsten um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt reduziert. Die deutsche Fiskalpolitik ist also eindeutig *prozyklisch* ausgerichtet. In ihrem Bestreben, die Haushalte zu konsolidieren, schwächt sie das gesamtwirtschaftliche Wachstum ebenso wie die Beschäftigung.

These 4: Ein schwache Investitionsentwicklung belastet die zukünftigen Generationen

Bei einer zumindest neutralen und natürlich auch einer antizyklischen Fiskalpolitik wird häufig die Gefahr gesehen, dass damit die Neuverschuldung und der Schuldenstand insgesamt zunehmen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass ein höheres Wirtschaftswachstum die beste Voraussetzung für eine durchgreifende Haushaltskonsolidierung darstellt. Viel zu hoch gewichtet wird in diesem Zusammenhang das Argument, die Staatsverschuldung belaste die *zukünftigen Generationen*. Der wichtigste Beitrag einer aktiven Generation für die Zukunft besteht in privaten und öffentlichen Investitionen sowie Staatsausgaben für die Bildung, damit ihre Kinder über einen wettbewerbsfähigen Kapitalstock und ein hohes Humankapital verfügen. Durch die völlig unzureichende private und öffentliche Investitions-Dynamik der letzten Jahren haben die zukünftigen Generationen also bereits eine erhebliche Belastung erfahren. Im Vergleich dazu sind die Effekte der Verschuldung eher sekundär, da der nächsten Generation nicht nur die Staatsschulden, sondern auch die dazu gehörenden Staatsanleihen vererbt werden.

Welche strukturellen Veränderungen können und müssen in Deutschland vorgenommen werden, um die Handlungsspielräume nationaler Wirtschaftspolitik zu erweitern?

These 5: Das größte Strukturproblem besteht in der verdeckten Steuerbelastung des abhängigen Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisses

In einer längerfristigen Betrachtung zeigt sich, dass die Sozialabgabenquote in Deutschland insbesondere nach der deutschen Vereinigung deutlich angestiegen ist. Demgegenüber ist die Steuerquote nahezu konstant geblieben (Schaubild 3). Per Saldo wurden also die Lasten aus der deutschen Vereinigung – neben der Verschuldung – vorrangig über die Sozialversicherungssysteme finanziert. Die damit einhergehende Belastung des Faktors Arbeit hat in den neunziger Jahren sowohl zu Arbeitslosigkeit als auch zu einer Vermeidung des davon allein betroffenen Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisses geführt (Schaubild 4).

These 6: Durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wurden die Ausweichmöglichkeiten für diese Form der Besteuerung deutlich ausgeweitet

Die von der Regierung bereits eingeleiteten Maßnahmen (400/800-Euro-Jobs, Ich-AG) sowie die Bestrebungen zu einer Reform der Handwerksordnung führen vor allem dazu, dass immer mehr legale Ausweichmöglichkeiten für das der vollen Sozialversicherungspflicht unterliegende Vollzeit-Beschäftigungsverhältnis geschaffen werden. Der bereits bestehende Teufelskreis aus einer immer geringeren Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherungspflicht und immer höheren Abgabesätzen wird somit noch verstärkt. Die ungewöhnliche ungünstige Arbeitsmarktentwicklung der letzten Monate macht deutlich, dass diese Maßnahmen keinesfalls zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führen. Sie tragen vielmehr dazu bei, dass die von den Arbeitssuchenden benötigten Vollzeit-Arbeitsplätze verstärkt in Teilzeit-Arbeitsplätze umgewandelt werden.

These 7: Für die Strukturreformen wird ein umfassendes ordnungspolitisches Konzept benötigt

In Anbetracht der hohen Komplexität und Vernetztheit der sozialen Sicherungssysteme sollte die Bundesregierung zunächst ein umfassendes und von klaren ordnungspolitischen Prinzipien geprägtes Gesamtkonzept entwickeln. Diese würde dann die notwendige

Orientierung für die erforderlichen Einzelmaßnahmen bieten. Als Leitlinie sollte dabei die Vorstellung dienen, dass von den Sozialen Sicherungssystemen keine verzerrenden Effekte auf den Arbeitsmarkt ausgehen. Dazu wäre es erforderlich,

- die *Bemessungsgrundlage* für die Sozialversicherungspflicht möglichst breit zu gestalten, indem eine allgemeine Versicherungspflicht geschaffen wird, so dass die Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung ohne Einfluss auf die Beiträge zur Sozialen Sicherung ist,
- für eine möglichst weitgehende *Äquivalenz* von Leistung und Gegenleistung zu achten, so dass die Umverteilungspolitik nur noch über das Abgaben- und Transfersystem vorgenommen wird und es keine Anreize mehr gibt, sich einer Teilnahme an den Sozialen Sicherungssystemen zu entziehen. Dies ist auch ein wesentlicher Beitrag für eine größere öffentliche Glaubwürdigkeit und Akzeptanz dieser Systeme.

These 8: Die bisherige Förderung der Beschäftigung von gering Qualifizierten ist zu überdenken

Dringend zu überprüfen ist das Konzept der *400/800-€ Jobs*. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass es dadurch für gering Qualifizierte noch schwerer wird, wieder eine Vollzeitbeschäftigung zu bekommen. Ein Arbeitgeber, der heute eine volle Stelle mit Teilzeitkräften besetzt, hat dadurch einen Kostenvorteil von 66 %. Wenn die Beschäftigung im Niedriglohnbereich gefördert werden soll, dann müsste dies in einer Form geschehen, bei der die staatliche Begünstigung vorrangig für *Vollzeit-Arbeitsplätze* gewährt wird. Denkbar wäre beispielsweise eine teilweise Befreiung von Sozialabgaben, sofern ein Arbeitgeber eine volle Stelle im Niedriglohn-Bereich besetzt.

Wie bewerten Sie die Impulse der Agenda 2010 auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland?

These 9: Die Agenda 2010 bietet keine makroökonomischen Impulse

Da die Agenda nichts an der bereits erwähnten Reduzierung der strukturellen Defizite in diesem und im nächsten Jahr ändert, gehen von ihr keinerlei positive *makroökonomische* Impulse aus, die dazu führen könnten, dass Deutschland wieder aus der Stagnationsfalle herauskommt. Die vorgesehenen Zinserleichterungen für die Kommunen haben allenfalls marginale Effekte, da die meisten Gemeinden heute nicht mehr in der Lage sind, zusätzliche Kredite aufzunehmen.

These 10: Die Agenda 2010 ändert wenig an der verdeckten Steuerbelastung des Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisses

Die strukturpolitischen Maßnahmen der Agenda 2010 sind davon geprägt, dass sie sich vornehmlich um eine Reduzierung der *Ausgaben* der sozialen Sicherungssysteme bemühen. Für die m.E. mindestens ebenso bedeutsame Ausweitung der Bemessungsgrundlage dieser Systeme und damit ihrer Einnahmehasis bietet die Agenda keine Lösungen. Sie trägt also nur wenig dazu bei, dass das Vollzeitverhältnis im Vergleich zu anderen Erwerbsformen wieder wettbewerbsfähig wird.

These 11: Die strukturpolitischen Maßnahmen der Agenda 2010 sind mit negativen Effekten für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage verbunden

Bei den Maßnahmen im Bereich der *Arbeitslosenversicherung* stellt sich das Problem, dass sich die Einsparungseffekte erst im Lauf des Jahres 2007 bemerkbar machen werden: Die vorgesehene Verminderung der Bezugsdauer für *Arbeitslosengeld* sowie die Zusammenlegung von *Arbeitslosenhilfe* und Sozialhilfe tritt – wegen des Vertrauensschutzes – frühestens für Menschen in Kraft, die im Jahr 2006 arbeitslos werden. Selbst wenn man einmal einen Zusammenhang zwischen Lohnnebenkosten und Beschäftigung unterstellte, könnte man von diesen Maßnahmen also keine baldige Lösung der Beschäftigungsprobleme erhoffen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass es sich beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe um wichtige *automatische Stabilisatoren* handelt. Wenn man diese in einer Phase der Stagnation reduziert bzw. ihren Abbau ankündigt, riskiert man negative Effekte auf den privaten Verbrauch. Wenn ein Familienvater heute damit rechnen muss, dass er in Zukunft nach einem Jahr Arbeitslosigkeit auf die Sozialhilfe angewiesen sein wird, wird er schon jetzt seine Ersparnis erhöhen.¹ Bei der geplanten Reduktion der Arbeitslosenunterstützung ist zudem zu kritisieren, dass es damit in vielen Fällen zu einer massiven Verletzung des Äquivalenzprinzips kommt. Mehr als die Hälfte der Beiträge würde dann für versicherungsfremde Leistungen verwendet.

Mit negativen Nachfrageeffekten ist auch die geplante *private Absicherung des Krankengelds* verbunden. Da die Haushalte nicht umhin können, den Versicherungsschutz fortzuführen, handelt es sich um Grunde um eine verdeckte Lohnsenkung in Höhe von etwa einem Prozentpunkt. Entscheidend ist dann, ob die davon ausgehenden negativen Effekte auf den Konsum stärker oder schwächer ausfallen als die positiven Wirkungen geringerer Lohnkosten auf die Investitionen. Die im Anhang dargestellten makroökonomischen Zusammenhänge sprechen eindeutig dafür, dass eine solche Lohnsenkung die rezessiven Tendenzen verstärkt und damit das Risiko der Deflation erhöht.

Eine eher psychologische Bedeutung kommt den vorgesehenen Änderungen des Kündigungsschutzes für Kleinbetriebe zu. Wiederum sei auf die im Anhang dargestellte Studie verwiesen, in der deutlich wird, dass man den Beitrag solcher struktureller Faktoren für die Wachstumsdynamik nicht überschätzen sollte.

2. Investitionsprogramme

Welches wirtschaftspolitische Instrumentarium empfehlen Sie auf der Basis Ihrer Analyse der ökonomischen Situation?

These 12: Bund und Länder sollten sich auf antizyklische Politik verständigen

Zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bedarf es jetzt eines koordinierten konjunkturpolitischen Handelns von Bund und Ländern, wie es in § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes gefordert wird. Dort heißt es:

„Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten.“

¹ Wenn er klug ist, wird er dafür Formen wählen, die später nicht vom Sozialamt identifiziert werden können.

Um eine weitere Stagnation oder sogar eine Deflation in Deutschland zu verhindern, sollten sich Bund und Länder gemeinsam verpflichten, ihre Konsum- und Investitionsausgaben im Jahr 2004 real um rund 1,5 % pro Jahr anzuheben; derzeit ist bei den konsumtiven Ausgaben ein Anstieg um nur 0,4 % und bei den öffentlichen Investitionen ein Rückgang von 3,5 % vorgesehen. Darüber hinaus sollte die für das Jahr 2005 vorgesehene 3. Stufe der Steuerreform um ein Jahr vorgezogen werden. Durch diese Maßnahmen käme es im Ganzen dazu, dass das strukturelle Defizit im Jahr 2004 etwas zunimmt, womit es anstelle einer eindeutig prozyklischen zu einer leicht antizyklischen Finanzpolitik kommen würde. Sofern es technisch noch möglich ist, sollte erwogen werden, die 2. Stufe der Steuersenkung noch in diesem Jahr nachträglich zu implementieren.

These 13: Das Vollzeit-Arbeitsverhältnis muss durch eine umfassende Reform der Sozialen Sicherungssysteme wieder wettbewerbsfähig werden

Eine nach den Prinzip der Äquivalenz und der Subsidiarität konzipierte Reform der Sozialen Sicherungssysteme würde das Vollzeitverhältnis wieder wettbewerbsfähig machen, Folgende Maßnahmen wären dabei zu erwägen:

- Eine Umfinanzierung der Transfer Elemente in der Arbeitslosenversicherung und der Gesetzlichen Krankenversicherung durch indirekte Steuern.
- Eine Ausweitung der Bemessungsgrundlagen durch eine eigenständige Versicherungspflicht für Ehefrauen.
- Die Einführung von Kopfprämien in der Gesetzlichen Krankenversicherung.
- Die Einbeziehung von Selbständigen und anderen Einkommensbezieher in die Gesetzliche Rentenversicherung und in eine der Arbeitslosenversicherung entsprechende Existenzversicherung.²

Durch eine solche Reform würde die Trennungslinie zwischen abhängigen und selbständigen Beschäftigungsformen sowie zwischen Teilzeit- und Vollzeit-Arbeit weitgehend entfallen.

Unter welchen Voraussetzungen können staatliche Investitionsprogramme Teil dieses Maßnahmenkatalogs sein?

Wie bereits dargelegt, geht es vor allem darum, dass Bund und Länder in einer Situation einer massiven Nachfrageschwäche diese nicht noch zusätzlich verstärken. Wichtiger als neue „Programme“ ist daher eine stetige Entwicklung von konsumtiven und investiven Ausgaben des Staates.

3. Lohnnebenkosten

Welche Rolle spielen Höhe und Zusammensetzung der Lohnkosten für Wachstum und Beschäftigung?

² Eine solche Versicherung würde der Tatsache Rechnung tragen, dass Arbeitnehmer heute erhebliche Beiträge in die Arbeitslosenversicherung leisten, wobei die Leistungen im Versicherungsfall oft nicht wesentlich über die Sozialhilfe hinausgehen.

These 14: In der Situation einer Nachfrageschwäche können sinkende Reallöhne zu einer Deflation führen

Wie aus den in der Anlage dargestellten Berechnungen hervorgeht, gibt es in der Phase der Währungsunion keinen empirischen Beleg dafür, dass sinkende Lohnkosten zu mehr Beschäftigung führen. Von 1999 bis 2003 zeigt sich für die untersuchten OECD-Länder vielmehr ein *positiver* Zusammenhang zwischen den Lohnstückkosten sowie den Bruttolöhnen auf der einen Seite und der Beschäftigung auf der anderen Seite. Im Zeitraum von 1993 bis 1998 bestehen keinerlei signifikante Zusammenhänge zwischen den betrachteten Lohnindikatoren (real und nominal) mit der Beschäftigung.

Die überraschende Entwicklung seit 1999 kann möglicherweise mit den bereits genannten Funktionsbedingungen einer Währungsunion erklärt werden. In Ländern mit einem überdurchschnittlichen Lohnanstieg kommt es auch zu einer höheren Inflationsrate, was bei einem einheitlichen Nominalzins zu unterdurchschnittlichen Realzinsen führt. Dies kann eine Erklärung dafür sein, dass sich nach 1999 in den EWU-Ländern ein positiver Zusammenhang zwischen Inflation und Wachstum herausgebildet hat, der davor nicht zu beobachten gewesen war. Unter diesen – bisher noch nicht ausreichend untersuchten – Voraussetzungen ist die deutsche Wirtschaftspolitik gut beraten, wenn sie von allen Maßnahmen Abstand nimmt, die zu einem weiteren Auseinanderlaufen der deutschen Inflationsrate von der Preisentwicklung im Rest Eurolands führen.

Die Gefahren, die von sinkenden Nominallöhnen in einer Situation der Nachfrageschwäche ausgehen, werden auch durch die Entwicklungen in *Japan* unterstrichen. Dort war zu beobachten, dass die Deflation im Jahr 1999 unmittelbar nach einem Absinken der Nominallöhne eingetreten ist.

Konkret sollte also bei allen Reformschritten im Bereich der sozialen Sicherung darauf geachtet werden, dass es dabei nicht zu einer Verminderung der Realeinkommen der privaten Haushalte kommt.

These 15: Lohnnebenkosten, die verdeckte Steuern auf den Faktor Arbeit darstellen, sind nachteilig für den Arbeitsmarkt

Während der Einfluss der Höhe der Lohnkosten auf die Beschäftigung keinesfalls eindeutig ist, zeigt sich aber, dass es für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit von großer Bedeutung ist, wie die sozialen Sicherungssysteme finanziert werden. Dies gilt insbesondere für die ungleiche Behandlung von Vollzeit- und Teilzeit-Arbeitsplätzen sowie von selbständigen und unselbständigen Beschäftigungsformen. Die steigende Belastung von Vollzeit-Arbeitsplätzen mit Sozialabgaben bei einer zunehmenden Begünstigung von Teilzeit-Arbeitsplätzen und Formen einer selbständigen Beschäftigung führt dazu, dass es für Arbeitslose immer schwieriger wird, einen neuen Vollzeit-Arbeitsplatz zu finden. Wie bereits erwähnt, muss es ein Hauptanliegen aller strukturellen Reformen sein, dass in Zukunft alle Formen der Erwerbstätigkeit einer identischen Belastung mit Abgaben für die soziale Sicherung unterliegen.

Anlage : Makroökonomische Entwicklungen und Angebotsbedingungen in ausgewählten OECD-Ländern

Als Grundlage für die Beantwortung der gestellten Fragen habe ich eine *Querschnittsanalyse* der makroökonomischen Entwicklung in ausgewählten OECD-Ländern vorgenommen. Als Untersuchungszeitraum wurde die Phase seit dem Beginn der Währungsunion (1999 bis 2003) gewählt. Zur Kontrolle wurde auch der Zeitraum von 1993 bis 1998 untersucht. Die Studie umfasst alle OECD-Länder mit Ausnahme der Mitgliedsländer in Asien, in Mittel- und Osteuropa und von Norwegen, das wegen seiner starken Ölabhängigkeit einen Sonderstatus einnimmt.

Tabelle 2 verdeutlicht zunächst die Korrelationen, die zwischen den wichtigsten makroökonomischen Variablen im Zeitraum 1999-2003 bestanden haben. Es zeigt sich dabei ein enger Verbund zwischen der Beschäftigungsentwicklung auf der einen und dem privaten Konsum, dem Staatskonsum, den Investitionen sowie der Bruttolohnentwicklung und der Inflation (BIP-Deflator) auf der anderen Seite. Der Einfluss der Variablen für den Reallohn („real total compensation per employee“ und „real labour cost“) ist nicht signifikant, wobei nur die „real labour costs“ ein negatives Vorzeichen aufweisen. In der Phase vor der Währungsunion war die Beschäftigungsentwicklung ebenfalls sehr stark nachfragedeterminiert. Hierbei ist jedoch kein positiver signifikanter Zusammenhang zwischen der Lohnentwicklung und der Inflation mit der Beschäftigung zu erkennen.

Tabelle 2: Korrelationen zwischen der Beschäftigungsentwicklung und wichtigen makroökonomischen Variablen

| | 1993-1998 | 1999-2003 |
|-------------------------------|------------------|------------------|
| privater Verbrauch | 0,877 | 0,680 |
| Staatsverbrauch | 0,584 | 0,621 |
| Investitionen insgesamt | 0,840 | 0,511 |
| Exporte | 0,625 | 0,238 |
| BIP-Deflator | 0,136 | 0,624 |
| Lohnstückkosten | 0,006 | 0,536 |
| Reale Löhne pro Beschäftigten | -0,165 | 0,101 |
| Reale Lohnkosten | -0,409 | -0,020 |

Kursiv dargestellte Werte sind nicht signifikant. Quelle: OECD Datenbank.

In einem nächsten Schritt wurde für die Phase Währungsunion eine Cluster-Analyse vorgenommen, um Ländergruppen mit einer vergleichbaren wirtschaftlichen Entwicklung zu identifizieren. Hierbei wurden folgende Variablen verwendet: realer privater Verbrauch, reale Investitionen, Beschäftigung, reale Exporte, BIP-Deflator, Reallöhne pro Beschäftigten. Bei insgesamt fünf Gruppen ergibt sich die in Tabelle 3 vorgenommene Einteilung. Es zeigt sich dabei, dass Deutschland eine vergleichsweise ähnlich unbefriedigende makroökonomische Entwicklung aufweist wie die Schweiz und Japan. Demgegenüber ist es Frankreich möglich gewesen, in die Gruppe der dynamischen Länder zu kommen.

Tabelle 3: Dynamische und undynamische Ländergruppen in der Phase von 1999 bis 2003 (durchschnittliche jährliche Wachstumsraten in %)

| Gruppe | Beschäftigung | Investitionen insgesamt | Staatskonsum | Reallohn | Index des Rangplatzes für wirtschaftliche Freiheit |
|--|---------------|-------------------------|--------------|----------|--|
| undynamische Länder (Japan, Deutschland, Schweiz) | 0,10 | -0,97 | 1,90 | 1,04 | 8,4 |
| relativ wenig dynamische Länder (Österreich, Dänemark, Finnland) | 0,67 | 1,53 | 1,37 | 1,25 | 8,8 |
| relativ dynamische Länder (USA, Italien, Großbritannien, Belgien, Niederlande, Portugal, Schweden) | 1,06 | 1,67 | 2,43 | 1,99 | 9,1 |
| dynamische Länder (Frankreich, Kanada, Australien, Griechenland, Neuseeland, Spanien) | 1,83 | 4,82 | 2,95 | 1,29 | 12,8 |
| Sehr dynamisches Land (Irland) | 3,20 | 4,20 | 7,00 | 3,60 | 10,0 |

Quellen: OECD Datenbank, World Economic Forum Global Competitiveness Report, Economic Freedom of the World Annual Reports 2001 und 2002. Der Index für wirtschaftliche Freiheit ist als Durchschnitt aus den Rangplätzen für folgende vier Kriterien errechnet: Growth Competitiveness Index, Microeconomic Competitiveness Index, Economic Freedom Ratings 2000, Comprehensive Index of Economic Freedom. Ein niedriger Wert des Index bedeutet ein hohes Maß an wirtschaftlicher Freiheit.

Im Rahmen der aktuellen Diskussion in Deutschland ist es auch von Interesse, die unterschiedliche Dynamik dieser Ländergruppen mit dem dort vorzufindenden Maß an wirtschaftlicher Freiheit zu vergleichen. Dafür wurden die Indikatoren aus dem „Global Competitiveness Report 2002-3“ des „World Economic Forum“ und aus den „Annual Reports 2001 und 2002“ von „Economic Freedom of the World“ herangezogen. Es zeigt sich dabei, dass die drei undynamischen Länder keinesfalls durch ein überdurchschnittlich hohes Maß an Regulierungen gekennzeichnet sind. Im Gegenteil; Sie schneiden in dieser Hinsicht sogar besser ab als die dynamischeren Länder. Wie die Tabelle 4 verdeutlicht, bewegt sich Deutschland bei den Rankings auf mittleren Plätzen, beim „Microeconomic Competitiveness Index“ erreicht es sogar den Platz vier.

Diese Analyse legt nahe, dass sich die makroökonomischen Rahmenbedingungen sehr viel stärker auf die wirtschaftliche Dynamik auswirken als das allgemeine mikroökonomische Umfeld. Insbesondere im Fall der Schweiz wird deutlich, dass ein Land mit hervorragenden mikroökonomischen Voraussetzungen für eine Stagnationsfalle ebenso anfällig ist wie Deutschland, das in dieser Hinsicht weniger positiv bewertet wird. Umgekehrt war es für Frankreich trotz einer sehr ungünstigen Bewertung seiner mikroökonomischen Verhältnisse möglich gewesen, eine recht hohe wirtschaftliche Dynamik zu entfalten.

Tabelle 4: Rangplätze für wirtschaftliche Freiheit

| Land | Growth Competiveness Index | Microeconomic Competitiveness Index | Economic Freedom 2000 Index | Economic Freedom 2001 Comprehensive Index | Mittelwert |
|----------------|----------------------------|-------------------------------------|-----------------------------|---|--------------|
| USA | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Großbritannien | 8 | 3 | 2 | 3 | 4 |
| Schweiz | 4 | 5 | 3 | 6 | 4,5 |
| Finnland | 2 | 2 | 9 | 9 | 5,5 |
| Kanada | 6 | 9 | 6 | 5 | 6,5 |
| Australien | 5 | 13 | 8 | 7 | 8,25 |
| Niederlande | 11 | 7 | 7 | 8 | 8,25 |
| Neuseeland | 12 | 16 | 4 | 2 | 8,5 |
| Dänemark | 7 | 8 | 10 | 10 | 8,75 |
| Deutschland | 10 | 4 | 11 | 12 | 9,25 |
| Schweden | 3 | 6 | 14 | 15 | 9,5 |
| Irland | 16 | 15 | 5 | 4 | 10 |
| Japan | 9 | 10 | 16 | 11 | 11,5 |
| Österreich | 13 | 11 | 12 | 13 | 12,25 |
| Belgien | 17 | 12 | 13 | 14 | 14 |
| Spanien | 14 | 18 | 17 | 16 | 16,25 |
| Portugal | 15 | 19 | 15 | 17 | 16,5 |
| Frankreich | 18 | 14 | 19 | 18 | 17,25 |
| Italien | 20 | 17 | 18 | 19 | 18,5 |
| Griechenland | 19 | 20 | 20 | 20 | 19,75 |

Quellen: World Economic Forum: Global Competitiveness Report 2002-03, Economic Freedom of the World: Annual Reports 2001 und 2002.

Schaubild 1: Makroökonomische Entwicklungen in Deutschland und Frankreich
(Differenz zwischen der jährlichen Veränderungsrate in Deutschland und in Frankreich)
(2000-2003)

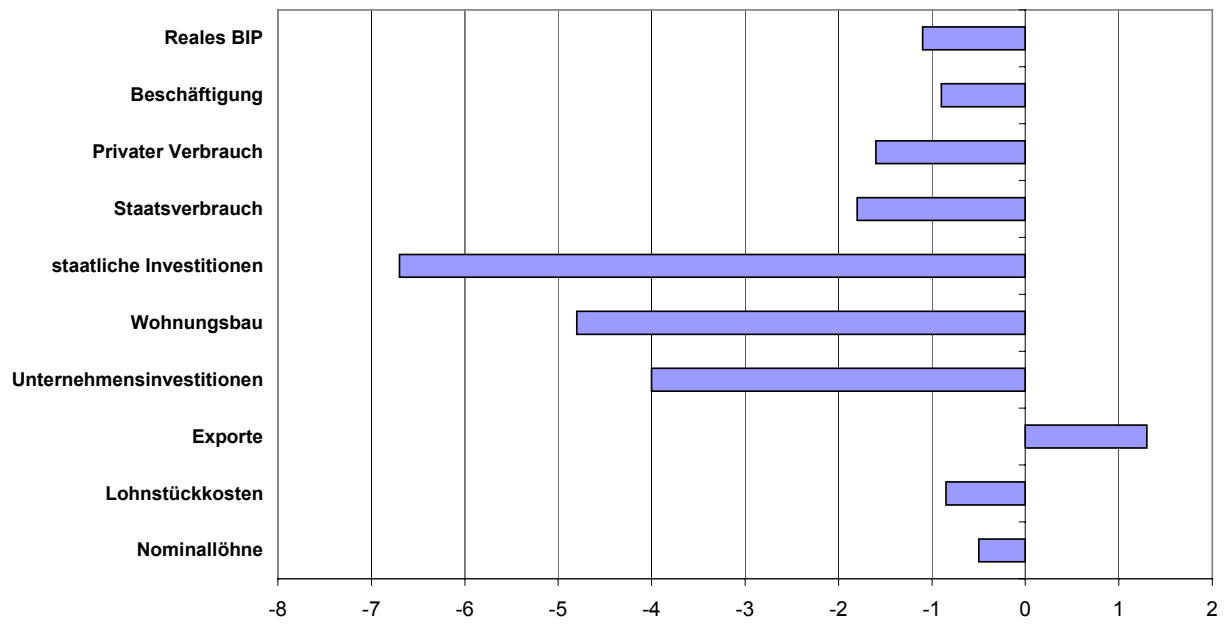


Schaubild 2: Inflationsrate in Deutschland und in Euroland (ohne Deutschland)

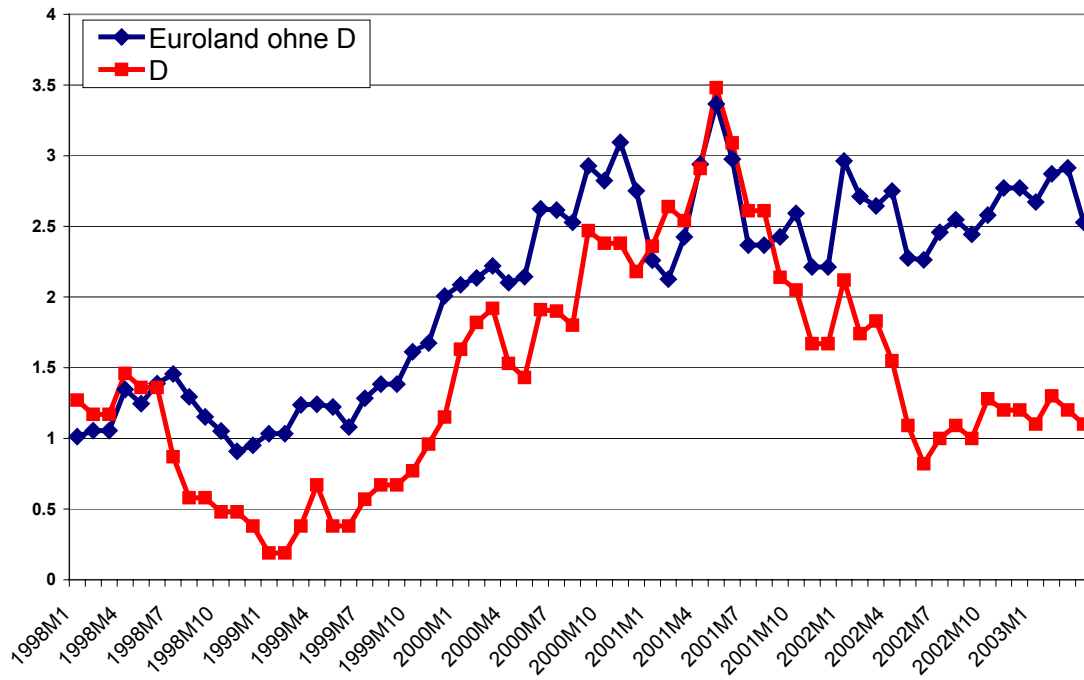


Schaubild 3: Steuerquote und Sozialabgabenquote
(1970-2003)

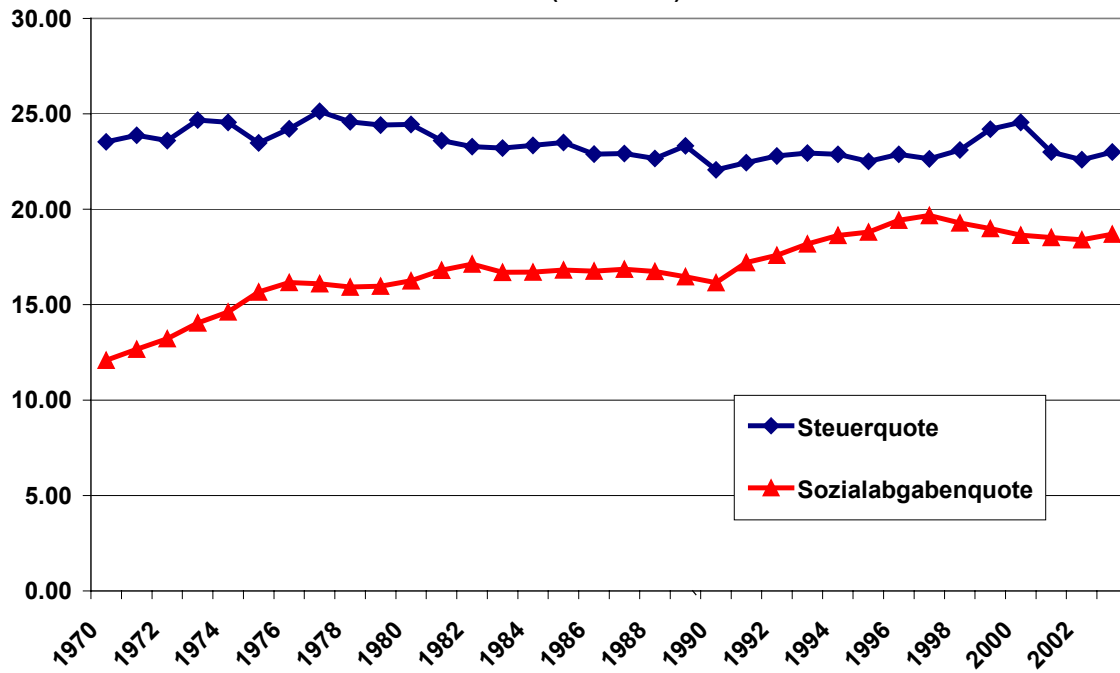
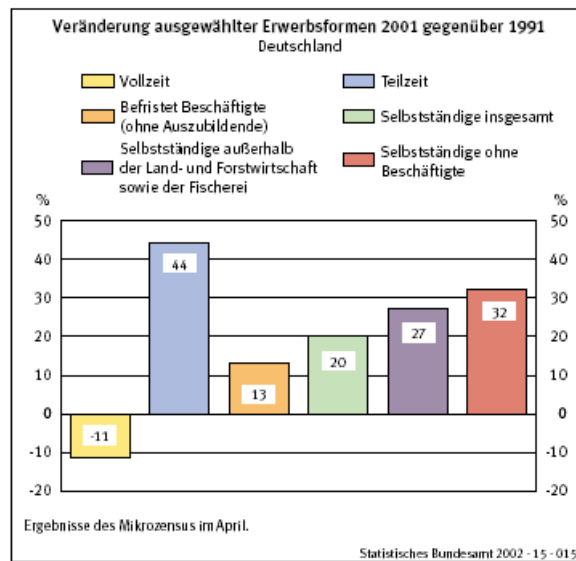


Schaubild 4: Entwicklung unterschiedlicher Erwerbsformen



Im April 2001 stuften über 2,7 Mill. abhängig Beschäftigte (ohne Auszubildende) ihren Arbeitsvertrag als befristet ein, 13 % mehr als im April 1991. Damit gehört die vor allem bei Berufseinsteigern weit verbreitete befristete Beschäftigung ebenso wie die Teilzeitarbeit und die Selbstständigkeit zu den vom Strukturwandel begünstigten Erwerbsformen.

Statistisches Bundesamt 2002